

Niederschrift

über die 39. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel, zu der für Mittwoch, 18.03.2020 um 19:30 Uhr in den Sitzungssaal des Rathauses Runkel einberufen und ordnungsgemäß geladen war. Es sind erschienen:

<u>Als stimmberechtigte Stadtverordnete</u>	<u>Seitens des Magistrates</u>
1. Ax, Wolfgang	1. Kremer, Michel (BGM)
2. Becker, Erhard	2. Becker, Franz
3. Beul, Dieter	3. Bullmann, Alexander
4. <u>Brahm, Bernhard</u>	4. Duchscherer, Antonius
5. Bremser, Eberhard	5. Eisenberg, Ulrich
6. Burggraf, Frank	6. Etzold, Heiner
7. Burggraf, Gertrud	7. Hemming-Woitok, Sabine
8. Dormagen, Jonas	8. Kraus, Jürgen
9. Fuchs, Marten Cornel	9. Lißner, Silvia
10. Gebhart, Günter	10. Müller, Sandra
11. Hastrich, Manfred	11. Räbiger, Wolf-Dirk
12. Hautzel, Lothar	
13. Heil, Jörg-Peter	
14. Janevski, Christian	
15. Jester, Max	
16. Jost, Manfred	
17. Kandels, Claus	
18. Kilb, Michael	
19. Kuhlisch, Thomas	
20. Lampe-Bullmann, Claudia	
21. Michel, Rudolf	
22. Naß, Armin	
23. Nickel, Achim	
24. <u>Preußner, Klaus</u>	
25. Schallner, Bernd	
26. Schäfer, Patrick	
27. Schneider, Ulrike	
28. Schneider, Nicola	
29. Steinhauer, Carmen	
30. Trog, Hans-Karl	
31. Wagner, Klaus-Jürgen	

Es fehlten entschuldigt:

Herr Dieter Beul, Herr Bernhard Brahm, Herr Eberhard Bremser, Herr Jonas Dormagen, Herr Christian Janevski, Herr Max Jester, Herr Claus Kandels, Herr Rudolf Michel, Herr Achim Nickel, Herr Klaus Preußner, Herr Patrick Schäfer, Frau Ulrike Schneider, Frau Nicola Schneider, Frau Carmen Steinhauer und Herr Hans-Karl Trog seitens der Stadtverordneten, Herr Antonius Duchscherer, Herr Jürgen Kraus, Frau Silvia Lißner und Herr Wolf-Dirk Rübiger seitens des Magistrates.

Lfd. Nr.	Tagesordnungspunkte	BeschlussNr.: STV -
1.)	Eröffnung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Anträge zur Tagesordnung	
2.)	Anfragen an den Magistrat	
3.)	Änderung der Gebührenordnung über die Benutzung der Kindertagesrichtungen	
4.)	Änderung der Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen	
5.)	Kommunalwahl 2021 <u>hier:</u> Zusätzliche Angaben auf dem Stimmzettel für die Kommunalwahl	
6.)	Haushalt 2020 a) Stellenplan; <u>hier:</u> Beschlussfassung b) Haushaltssicherungskonzept; <u>hier:</u> Beschlussfassung c) Investitionsprogramm für die Jahre 2019-2023; <u>hier:</u> Beschlussfassung d) Haushaltssatzung und Haushaltsplan <u>hier:</u> Beschlussfassung	
7.)	Mitteilungen des Magistrates	

Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr

Ende der Sitzung: 20:53 Uhr

TOP 1) Eröffnung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Anträge zur Tagesordnung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil eröffnet die Sitzung und begrüßt die Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverordnetenversammlung, die Mitglieder des Magistrates, sowie die Vertreter der Presse.

Er erläutert, dass die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in die Stadthalle verlegt wurde, damit der empfohlene Mindestabstand von 1,5 Metern aufgrund des Coronavirus eingehalten werden kann. Er betont nochmals die Notwendigkeit dieser Sitzung, da wichtige Themen für Runkel auf der Tagesordnung sind, wie z.B. der Beschluss des Haushaltes 2020.

Dem folgt die Bekanntmachung, dass mit 16 stimmberechtigten Mitgliedern mehr als die Hälfte der 31 Stadtverordneten anwesend sind. Daraufhin stellt der Stadtverordnetenvorsteher die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest. Er gibt bekannt, dass die Einladung an die Mitglieder ordnungsgemäß erfolgt sei. Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil fragt an, ob Anträge zur Tagesordnung vorliegen. Dies ist nicht der Fall.

TOP 2) Anfragen an den Magistrat

Herr Bürgermeister Kremer teilt mit, dass keine Anfragen vorliegen.

TOP 3) Änderung der Gebührenordnung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen

Die Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden für die Diskussion zusammengefasst.

Da es zu diesem Tagesordnungspunkt vorerst keine Wortmeldungen oder Einwände gibt, übergibt Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil das Wort an den Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses, Herrn Gebhart, zur Berichterstattung:

„Bei diesem Tagesordnungspunkt kann ich mich kurzfassen, alle wesentlichen Aspekte sind vom HFA bereits in den Beratungen Ende letzten Jahres erörtert und gewürdigt worden. Um dies nochmal in Erinnerung zu rufen, der HFA hat am 05.12.2019 den Beschlussvorschlag gefasst, die Gebührenfreistellung im Ü3-Bereich sowie die Halbierung der Gebühren im U3-Bereich zurückzunehmen. Die STVV ist dann in der Dezember-Sitzung 2019 diesem Vorschlag gefolgt, die neue Satzung sollte ab dem 01.03.2020 in Kraft treten.

Ich habe damals in meinem Bericht darauf hingewiesen, dass der HFA am 13.6.2018 die Freistellung bzw. Halbierung der Gebühren vorgeschlagen hatte. In dem Beschluss ist jedoch auch festgelegt worden, dass nach Abschluss des Kindergartenjahres 2018/2019 eine erneute Bewertung der Situation vorgenommen werden sollte. Unabhängig von der finanziellen Situation der Stadt Runkel mussten wir dabei feststellen, dass die Kosten im Kindergartenbereich sich leider nicht so entwickelt hatten, wie bei der Freistellung angenommen worden ist. Von daher war schon Handlungsbedarf gegeben.

Aufgrund eines Formfehlers bei dem Beschluss zur neuen Satzung hat der Magistrat diese nicht zum vorgesehenen Datum in Kraft gesetzt. Er hat vielmehr die Gespräche mit den Elternbeiräten aller Einrichtungen gesucht und dann einen neuen Vorschlag unterbreitet.

An der grundsätzlichen Entscheidung zur Wiedereinführung bzw. Erhöhung der Gebühren hat sich nichts geändert. Die ebenfalls geänderten Öffnungszeiten sind noch einmal für den Kindergarten in Steeden leicht angepasst worden, in den beiden anderen städtischen Einrichtungen in Ennerich und Wirbelau war dies nicht erforderlich. Die Gesamt-Öffnungszeiten sind bei 44 Stunden pro Woche geblieben. Die Gebühren sollen nun am 01.04.2020 in Kraft treten, die geänderten Öffnungszeiten mit dem Beginn des neuen Kindergartenjahres am 01.08.2020.

Der HFA hat sich dem Vorschlag des Magistrates angeschlossen und schlägt die neue Satzung zur Annahme vor.

Darüber hinaus schlägt der HFA auf Anregung der Elternbeiräte vor, den Magistrat und die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen, ob es möglich ist, in einer Einrichtung im Stadtgebiet die Öffnungszeiten bei 50 Stunden/ Woche zu belassen, bei einer maximalen Buchung von 44 Stunden/Woche. Neben der Feststellung des Bedarfs sind die organisatorischen, verwaltungstechnischen und juristischen Möglichkeiten zu prüfen und die zusätzlichen Kosten zu ermitteln. Über das Ergebnis ist spätestens in der Juni-Sitzung zu berichten.

Meinen Bericht möchte ich noch mit einem kurzen Statement abschließen. Ich bin der Überzeugung, dass das, was dieses Parlament in den letzten 10-20 Jahren im Kindergartenbereich ermöglicht hat, nicht ganz so schlecht ist, wie es in der Öffentlichkeit dargestellt wird. In einer Prüfung durch den Rechnungshof stehen wir bei der Kinderbetreuung in der Spitzengruppe vergleichbarer Gemeinden in Hessen.

Wir haben in Ennerich und in Runkel neu gebaut, Steeden deutlich erweitert, erweitern jetzt auch Runkel, haben in Arfurt und Wirbelau auch in Zeiten niedriger Belegungszahlen die Einrichtungen offengehalten und dem Bedarf angepasst, in Dehrn die nicht unerheblichen Anforderungen des Trägers immer erfüllt und für den Transport der Kinder aus Hofen und Eschenau gesorgt. Das kostet natürlich Geld, das wir immer bereitgestellt haben, auch wenn es manchmal heftige und leidenschaftliche Diskussionen gegeben hat. Die Kostensituation hat sich dabei deutlich zu Lasten der Stadt verändert, von der ursprünglichen Drittlösung, je 1/3 der Kosten sollten von den Eltern, dem Träger und der Stadt getragen werden, haben wir uns deutlich entfernt. Die Unterdeckung im Kindergartenbereich bewegt sich bei 2,0 Mio. €, auch nach Elternbeiträgen. Unter diesen Voraussetzungen uns vorzuwerfen, wir wollten den Haushalt der Stadt mit den Elternbeiträgen sanieren, kann ich wirklich nicht nachvollziehen. Wenn wir den Bildungsauftrag auf die Kindergärten ausdehnen wollen, was ich persönlich grundsätzlich unterstütze, so müssen Bund und Land die Mittel dafür bereitstellen, die Kommunen können diese Aufgabe nicht stemmen.“

Ergänzend zu dem Bericht von Herrn Gebhart wird seitens der Bürgerliste erläutert, dass der Beschluss, die Kindergartengebühren abzuschaffen positiv für die Eltern war. Hierdurch ergaben sich in dieser Zeit rund 1000€ weniger Ausgaben für die Eltern. Herr Bürgermeister Kremer wird aufgerufen, eine Resolution mit seinen Kollegen/innen für eine Freistellung der Eltern von Kindergartengebühren auf Landesebene zu erwirken.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass der Magistrat prüft, ob es möglich ist eine Kindergartengruppe im Stadtgebiet Runkel zu eröffnen, die 50 Stunden/Woche geöffnet ist für das Kindergartenjahr 2020/2021.

Beschluss:

Im HFA wurde der Vorschlag gemacht, dass Magistrat und Verwaltung die organisatorischen, verwaltungstechnischen und juristischen Möglichkeiten zu einer Erweiterung der Öffnungszeiten auf 50 Stunden in einem Kindergarten prüfen und dabei auch die zusätzlichen Kosten ermitteln. Über das Ergebnis ist spätestens in der Junisitzung zu berichten.

Abstimmung: Ja – 15 Nein – 0 Enthaltungen – 1

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt die Neufassung der Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Runkel mit Wirkung zum 01.04.2020 in der vom Magistrat und HFA vorgelegten Form.

Abstimmung: Ja – 15 Nein – 1 Enthaltungen – 0

TOP 4) Änderung der Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt die Neufassung der Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Runkel in der vom Magistrat vorgelegten Form.

Abstimmung: Ja - 15 Nein - 1 Enthaltungen - 0

TOP 5) Kommunalwahl**hier: Zusätzliche Angaben auf dem Stimmzettel für die Kommunalwahl**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil verliest die Vorlage aus der Verwaltung. Herr Bürgermeister Kremer erläutert, dass seitens der Verwaltung die Vorgehensweise der letzten Wahl favorisiert wird. Damals waren bis auf den jeweiligen Ortsteil keine zusätzlichen Angaben auf den Stimmzetteln.

Es wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Antrag gestellt, es so zu beschließen, wie es bei der letzten Wahl war, also den Ortsteil auf dem Stimmzettel vermerken.

Beschluss:

Es besteht der Antrag des Herrn Klaus Jürgen Wagner, die Stimmzettel bei der Kommunalwahl 2021 genauso aussehen zu lassen, wie die bei der Kommunalwahl 2016. Das bedeutet, dass auf dem Stimmzettel der Stadtverordnetenversammlung den jeweiligen Ortsteil zu erwähnen.

Abstimmung: Ja – 16 Nein – 0 Enthaltungen – 0

Beschluss:

Die Stimmzettel für die Wahl des Ortsbeirates bleiben wie im Kommunalwahlgesetz vorgesehen, ohne Zusatzmerkmal.

Abstimmung: Ja – 16 Nein – 0 Enthaltungen – 0

TOP 7) Haushalt 2020

- a) Stellenplan;
hier: Beschlussfassung
- b) Haushaltssicherungskonzept;
hier: Beschlussfassung
- c) Investitionsprogramm für die Jahre 2019-2023;
hier: Beschlussfassung
- d) Haushaltssatzung und Haushaltsbeschluss;
hier: Beschlussfassung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil übergibt das Wort an Herrn Gebhart, Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses, zur Berichterstattung:

„Der HFA hat in insgesamt sechs Sitzungen den vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf 2020 beraten. Es war das erste Mal, dass der Haushalt in dieser epischen Breite im HFA behandelt worden ist. Ich bedanke mich bei der Verwaltung, aber auch bei den Kollegen, dass sie das alles so geduldig und weitgehend sachorientiert durchgeführt haben.“

An dieser Stelle kann ich mir jedoch ein Wort der Kritik nicht verkneifen. Der vom Magistrat eingebrachte Haushaltsplan war aus meiner Sicht nicht beratungsreif. Insbesondere die Berücksichtigung des nicht genehmigten Haushalts 2019 und die Folgen der dadurch entstandenen vorläufigen Haushaltsführung sind in dem eingebrachten Haushaltsplan nicht berücksichtigt worden. Eigentlich hätten wir schon frühzeitig den Plan an den Magistrat zurück überweisen sollen, ja müssen. Das hätte uns im Ausschuss einiges an Zeit gespart, wir haben also in der Vielzahl von Sitzungen auch die Arbeit des Magistrates verrichtet.

Gesamtdarstellung und Satzung

Der Haushaltsplan 2020 schließt im ordentlichen Ergebnis bei Erträgen von 21.184.300 € und Aufwendungen von 20.550.970 € mit einem Überschuss (Gewinn) von 633.330 € ab.

Der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus der Verwaltungstätigkeit beträgt 1.699.400 €.

Die Investitionen in Höhe von 2.730.750 €, abzüglich Investitionszuschüsse und Erlösen aus Anlagenverkäufen (zusammen 896.600 €), also die Netto-Investitionen von 1.834.150 € werden mit neuen Krediten finanziert.

Die Tilgungen der bestehenden Kredite betragen 1.108.300 €, die Netto-Neuverschuldung beträgt somit 725.850 €.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren wird festgesetzt auf 3.326.000 €.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2020 unterjährig in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.800.000 € festgesetzt.

Die Steuersätze sind in der Ende 2019 festgelegten Höhe berücksichtigt worden.

Investitionsplan

Der Investitionsplan hat in den HFA-Sitzungen die größte Aufmerksamkeit erfahren. In der Gesamtzahl für das Jahr 2020 sowie über die gesamte Planungsperiode 2020-2023 weicht er nur unwesentlich von dem eingebrachten Entwurf ab. Die Summe der Brutto-Investitionen über den Planungszeitraum beträgt 11,8 Mio. €, der nach gegenwärtigem Planungsstand über Kredite von insgesamt 8,3 Mio. € finanziert werden muss.

Im Detail sind jedoch erhebliche Veränderungen vorgenommen worden.

Als erstes ist der Ansatz für den neuen Bauhof aus den Haushaltsresten 2018 entnommen und im Jahr 2020/2021 mit insgesamt 1.400.000 € neu veranschlagt worden. Hier sind die Ansätze, ähnlich wie bei mehreren anderen, schon etwas länger zurückliegenden Kostenschätzungen an die aktuellen Baukosten angepasst worden.

Der Neubau des FWH Ennerich ist nun in den Jahren 2021/2022/2023 veranschlagt worden. Der Neubau des FWH Hofen/Eschenau ist in den Jahren 2020/2021 vorgesehen.

Die Kanalerneuerung der Straße Am Ohlenberg in Steeden ist in das Jahr 2022 verschoben worden, der Endausbau Auf dem Graben, Hofen ist für 2021/2022 geplant,

der Endausbau Großweizstück, Arfurt für 2022/2023. Die Herstellung der Fläche Steedener Weg in Dehrn ist nun für 2021/2022 geplant.

Für die Erneuerung der Decke inkl. Belüftung in der Stadthalle Runkel, für die Erneuerung des Parkplatzes Stadthalle Runkel und den Neubau BGH/Kita Wirbelau sind im Planungszeitraum keine Ansätze vorgesehen.

Der HFA hat durch Beschluss den von der Verwaltung geänderten Investitionsplan als Beratungsgrundlage für Änderungsanträge angenommen (7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung).

Hierzu werden dann weitere, im HFA beschlossene Änderungen vorgeschlagen:

Auf die Ansätze für den Neubau des Bauhofs, des FWH Hofen/Eschenau und die Teilerneuerung des Hochbehälters Runkel schlägt der HFA jeweils die Ausbringung eines Sperrvermerks vor. Nach erneuter Beratung von Bau- und Kostenplänen in Magistrat und Bauausschuss sollen diese in der Stadtverordnetenversammlung erneut beschlossen und gleichzeitig der jeweilige Sperrvermerk aufgehoben werden (Beschlüsse hierzu sind einstimmig gefasst worden).

Auf Antrag der BL wird folgender Haushaltsbegleitbeschluss vorgeschlagen: Rechtzeitig vor der Beschlussfassung über die Anschaffung eines Leiterfahrzeuges, vorgesehen im Haushalt 2022, ist die Rechtslage zu klären, ob die Notwendigkeit besteht, ein entsprechendes Fahrzeug mit Drehleiter anzuschaffen (Abstimmung 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

Weiterhin wird ein Haushaltsbegleitbeschluss vorgeschlagen, die Ansätze für den Endausbau des Neubaugebietes Kappesborder Berg, vorgesehen in den Haushalten 2022/2023, zu überprüfen und der aktuellen Baupreissituation anzupassen. Die vorhandenen Kostenschätzungen sind im Jahr 2016 vorgenommen worden.

Der so geänderte Investitionsplan 2020 bis 2023 ist einstimmig angenommen worden und wird der STVV zum Beschluss vorgeschlagen.

Stellenplan

Am Stellenplan sind gegenüber dem eingebrachten Haushaltsplan keine Änderungen vorgenommen worden. Der HFA schlägt die Streichung der im Plan vorgesehenen neuen Stelle EG 9a für die Umsetzung und Begleitung der Änderungen im Umsatzsteuergesetz vor. Diese Entscheidung ist mit 4 Ja, 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung so getroffen worden.

Der Stellenplan ist dann mit 8 Ja-Stimmen zur Annahme vorgeschlagen worden.

Gesamt-Ergebnis-Plan und Gesamt-Finanz-Plan

In den Gesamt-Ergebnis und Gesamt-Finanz-Plan sind die vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen zahlenmäßig eingearbeitet worden. Das Gesamtergebnis für das Jahr 2020 hat sich dadurch leicht von 622.960 € auf 633.330 € erhöht.

Im Ergebnis- und Finanzplan 2020 werden die grundsätzlichen Anforderungen der Aufsichtsbehörden erfüllt. Die wesentlichen Eckdaten sind in der eingangs vorgenommenen Gesamtdarstellung bereits aufgeführt worden.

Haushaltssicherungskonzept

Das zu beschließende Haushaltssicherungskonzept baut im Wesentlichen auf den bereits im Zuge der Aufstellung eines Nachtragshaushalts für 2019 geplanten Konsolidierungsmaßnahmen auf. Die wesentlichen Einflussfaktoren sind Mehrerträge aus der Erhöhung der Hebesätze für Grundsteuern und Gewerbesteuer, Wiedereinführung und Erhöhung von Kindergartenbeiträgen, Einsparungen bei und Berechnung von verschiedenen Bauhofleistungen, Einsparungen bei verschiedenen freiwilligen Leistungen.

Diese Maßnahmen werden dazu führen, dass wir den Konsolidierungspfad einhalten können, der es ermöglicht, in den Jahren 2020 bis 2023 ein Defizit von rund 4,0 Mio. € auszugleichen.

Der HFA schlägt der Stadtverordneten-Versammlung den eingebrachten und in den oben dargestellten Positionen geänderten Haushaltsplan 2020 mit allen seinen Bestandteilen zur Annahme vor.“

Seitens der Bürgerliste wird betont, dass an allen Ecken gespart werden muss. Die Nettoneuverschuldung steigt jährlich. Auch wird dargelegt, dass die Steuereinnahmen zu Zeiten des Coronavirus nicht sicher sind. Ob das ordentliche Ergebnis sich dann noch über 633.330 € beläuft ist fraglich. Die Bürgerliste stellt folgenden Antrag: Die freigewordene Stelle in der Jugendpflege über der ein Sperrvermerk liegt, sollte unserer Ansicht nach mit rechnerisch $\frac{1}{4}$ wie folgt verwendet werden:

Die Mitarbeiterin, die derzeit $\frac{1}{2}$ Stelle in der Jugendpflege und $\frac{1}{4}$ Stelle im Brandschutz innehat, sollte in der Jugendpflege eine $\frac{3}{4}$ Stelle begleiten und im Brandschutz weiterhin eine $\frac{1}{4}$ Stelle begleiten.

Die unter dem Sperrvermerk liegende Stelle der bisherigen Jugendpflege mit Schulsozialarbeit könnte wegfallen. Schulsozialarbeit würde dann von der Stadt Runkel nicht mehr abgedeckt werden können.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird angemerkt, dass im Laufe der Haushaltsberatungen im Haupt- und Finanzausschuss die sehr hohe Nettoneuverschuldung ein bisschen gesenkt werden konnte. Außerdem wird beantragt, Position I – 52210 -1, die Anschaffung einer Software für das Bauamt, zu streichen.

Aus den Reihen der Stadtverordneten wird ergänzt, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um Geld zu sparen. Dafür wurde von Herrn Bürgermeister Kremer erwartet, dass die Einstellung eines Bautechnikers für zwei bis drei Jahre ausgeblieben wäre, wodurch Geld hätte gespart werden können, vor allem da viele Tiefbaumaßnahmen verschoben wurden.

Aus den Reihen der Bürgerliste wird vorgeschlagen, da die geplante Stelle für die Umsetzung und Begleitung der Änderungen im Umsatzsteuergesetz gestrichen wurde, ein Steuerbüro mit anfallenden Prüfungen zu beauftragen und nach einer gewissen Zeit zu prüfen, was günstiger für die Verwaltung ist.

Herr Bürgermeister Kremer erläutert die Auffassung des Magistrates zu den verschiedenen Anträgen. Er erklärt, dass die Stelle der Schulsozialarbeit einen großen Beitrag leistet und direkt der Stadt Runkel zugutekommt, denn die Schüler der Johann-

Christian-Senckenberg-Schule kommen größtenteils alle aus Runkel. Außerdem sind die Kosten für die Stelle der Schulsozialarbeit verhältnismäßig gering, da der Großteil bezuschusst wird.

Des Weiteren erläutert Herr Bürgermeister, dass die Anschaffung einer Software für das Bauamt wichtig sei, um dem Bauamt die Möglichkeit zu geben Planungen effektiv vorzunehmen.

Die wieder zu besetzende Stelle auf dem Bauamt wurde unter dem Hintergrund der Einarbeitung sehr zügig ausgeschrieben. Es wird damit gerechnet, dass die Einarbeitung ca. ein halbes Jahr dauern wird und gerade unter dem Aspekt, dass ein Tiefbauer für den Betrieb des Abwasserverbandes wichtig ist, wurde versucht, die Stelle schnellstmöglich neu zu besetzen.

Herr Bürgermeister Kremer unterstützt den Antrag aus der Bürgerliste ein Steuerbüro zu beauftragen um das Fachwissen im Umsatzsteuerrecht gewährleisten zu können, wenn schon die Stelle im Stellenplan gestrichen wird.

Aus den Reihen der SPD wird erläutert, dass sie die Unterstützung im Steuerrecht von einer Fachkraft, wenn auch extern, unterstützen. Des Weiteren halten sie die Wiederbesetzung der Stelle in der Jugendpflege für unabdingbar, gerade im Bereich der Schulsozialarbeit.

Seitens der CDU wird die Streichung der Stelle für die Finanzverwaltung nicht unterstützt. Gerade unter dem Aspekt, dass der Abteilungsleiter, Herr Schaus, nächstes Jahr in Rente geht, sei eine eingearbeitete Kraft auf der Finanzverwaltung sehr wichtig. Außerdem seien die Kosten für die Beauftragung eines Steuerbüros sehr hoch und somit würde man nicht viel sparen. Die Anschaffung des Vergabemanagers wird kritisiert, da die Anschaffungs- und Betriebskosten zu hoch seien.

a) Stellenplan;
hier: Beschlussfassung

Beschluss:

Der HFA schlägt der Stadtverordnetenversammlung die Streichung der im Stellenplan vorgesehenen Stelle EG9a für die Umsetzung und Begleitung der Änderungen im Umsatzsteuergesetz vor. Ein Steuerbüro wird beauftragt.

Abstimmung: Ja – 8 Nein – 6 Enthaltungen – 2

Beschluss:

Die BL schlägt der Stadtverordnetenversammlung vor, dass die Mitarbeiterin, die derzeit eine ½ Stelle in der Jugendpflege und eine ¼ Stelle im Brandschutz

innehat, nun eine $\frac{3}{4}$ Stelle in der Jugendpflege und eine $\frac{1}{4}$ Stelle im Brandschutz begleiten sollte und die bisherige Stelle der Jugendpflege mit Schulsozialarbeit entfallen zu lassen.

Abstimmung: Ja – 6 Nein – 8 Enthaltungen – 2

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2020 in der vom HFA vorgelegten und geänderten Fassung.

Abstimmung: Ja – 12 Nein – 2 Enthaltungen – 2

- b) Haushaltssicherungskonzept;
hier: Beschlussfassung

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt das Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2020 in der vom Magistrat und HFA bearbeiteten Fassung.

Abstimmung: Ja – 15 Nein – 0 Enthaltungen – 1

- c) Investitionsprogramm für die Jahre 2019-2023;
hier: Beschlussfassung

Beschluss:

Bündnis 90/Die Grünen schlägt der Stadtverordnetenversammlung für die Position I – 52210 – 1; Anschaffung einer Software für das Bauamt zu streichen.

Abstimmung: Ja – 8 Nein – 5 Enthaltungen – 3

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt das Investitionsprogramm für die Jahre 2019-2023 in der vom HFA vorgelegten und heute in einem Punkt von der Stadtverordnetenversammlung geänderten Fassung.

Abstimmung: Ja – 15 Nein – 1 Enthaltungen – 0

**d) Haushaltssatzung und Haushaltsplan;
hier: Beschlussfassung**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 in der vom HFA vorgelegten Fassung.

Abstimmung: Ja – 15 Nein – 1 Enthaltungen – 0

Nach der Beschlussfassung erklärt Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil, dass der Haushalt somit verabschiedet wurde.

TOP 7) Mitteilungen des Magistrates

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil übergibt das Wort an Herrn Bürgermeister Kremer. Herr Bürgermeister Kremer bedankt sich über die Verabschiedung des Haushaltes und erläutert, dass er nicht mit allen Beschlüssen zufrieden ist, aber dass der Haushalt nun mit der Bitte um Genehmigung an die Kommunalaufsicht geschickt wird.

Außerdem teilt Herr Bürgermeister Kremer mit, dass aufgrund der momentanen Situation die Kindergärten bis mindestens 19.04.2020 geschlossen sind und deshalb die Einziehung der Gebühren erstmal ausgesetzt wird.

Des Weiteren teilt er mit, dass der Verkauf des Gewerbegrundstücks zum gesetzten Ultimatum nicht stattgefunden hat. Dies bedeutet, dass diese Thematik erneut bearbeitet werden muss.

Außerdem erzählt er von den personellen Veränderungen seit seinem Amtsantritt. Nach einer internen Ausschreibung wurde die Stelle der Vorzimmerdame mit Frau

Mariska Fehler besetzt, die freigewordene Stelle von Herrn Schumann auf dem Ordnungsamt wurde nach einer internen Ausschreibung mit Frau Larissa Scheiwein besetzt, die freigewordenen Stellen auf dem Bauamt und dem Bauhof wurden ausgeschrieben, für die Stelle auf dem Bauamt wurden bereits Vorstellungsgespräche geführt und die finale Entscheidung wird im Laufe der kommenden Woche fallen. Die Stelle der Kita-Leitung im Kindergarten Steeden wurde auch ausgeschrieben und mittlerweile sind 12 Bewerbungen eingegangen, von denen 5 zum Bewerbungsgespräch eingeladen wurden. Des Weiteren wird der Hauptamtsleiter die Stadt Runkel verlassen. Die Stelle wurde bereits ausgeschrieben.

Des Weiteren teilt er mit, dass sich aufgrund von Corona ab nächster Woche zwei Kinder in Notbetreuung befinden.

Ab dem nächsten Tag werden das Ordnungsamt sowie die Ordnungspolizei die Spielplätze, Bolzplätze und Sportplätze kontrollieren und Versammlungen auflösen.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Heil schließt die Stadtverordnetenversammlung um 20.53 Uhr.

Jörg-Peter Heil
Stadtverordnetenvorsteher

Mariska Fehler
Protokoll